



Nueva Nicaragua **Informe**

17. Jahrgang

März 2020

Nr. 182

Frauen für das Leben

Quellen: El 19 Digital, La Voz del Sandinismo



Die sandinistische Regierung kümmert sich um das Leben, die Sicherheit und die Rechte der Frauen. Ihre Bemühungen haben dazu geführt, dass Nicaragua heute auf dem Gebiet der Gleichberechtigung des Geschlechts vordere Plätze in der Region und in der Welt einnimmt – eine Errungenschaft, die durch internationale Organisationen anerkannt wird.

Allen Freundinnen und Leserinnen herzliche Grüße und Glückwünsche zum Internationalen Frauentag!

Die Frauen-UNO widmete sich im Februar dieses Jahres der Frage, wie die Gleichberechtigung des Geschlechts und die Selbstbestimmung der Frauen gefördert werden können.

In der Beratung sprach die Botschafterin Nicaraguas in Guatemala, Compañera Lilliam Méndez, über die Erfolge ihres Landes auf dem Gebiet der Gleichberechtigung des Geschlechts und bei der Verteidigung der Rechte der Frauen. Die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit hat die Kampagne „Frauen für das Leben, Frauen für den Frieden und das Wohlergehen“ ins Leben gerufen. Sie verfolgt das Ziel, die Gewalt gegen die Frauen in Haushalt und Gesellschaft zu verhindern und den Schutz des Lebens der Frauen und Mädchen zu garantieren.

Unter der Losung „Arbeit, Fortschritt und Entwicklung unter gleichen Bedingungen“ arbeitet die Regierung Nicaraguas unermüdlich an der Wahrung der Rechte aller nicaraguanischen Frauen. Ein Beispiel ist der Bau von 178 Entbindungshäusern, in denen nach den Grundsätzen der kostenlosen Gesundheitsversorgung mehr als 350.000 Frauen betreut werden.

Nach einem Bericht der Frauen-UNO belegt Nicaragua in der Region den ersten und im Weltmaßstab nach Schweden, Finnland, Island und Norwegen den fünften Platz auf dem Gebiet der Gleichberechtigung des Geschlechts.

In Nicaragua sind die Frauen in das soziale, wirtschaftliche und politische Leben eingegliedert. Die Verfassung wurde dahingehend geändert, dass in der Nationalversammlung, in den Munizipalräten, bei Bürgermeister*innen sowie in allen öffentlichen Institutionen mindestens 50 Prozent Frauen vertreten sein müssen. Die FSLN, die sandinistischen Gewerkschaften und Organisationen haben die gleiche Quote in ihren Statuten verankert.

Auch im wirtschaftlichen Leben spielen die Frauen eine wichtige Rolle. Ohne sie wäre das Modell der kreativen Volkswirtschaft nicht möglich gewesen. Die Familienwirtschaften und viele landwirtschaftliche Genossenschaften würden ohne Frauen nicht funktionieren. Und aus dem Sektor der Versorgung und Dienstleistungen sind die Frauen nicht wegzudenken. In den 153 Munizipien des Landes sind mindestens die Hälfte der Polizei-Kommissare Frauen.

Pater Ernesto Cardenal - Stolz Nicaraguas

Von Wolfgang Herrmann



Wer ihn kennenlernte, war fasziniert von diesem Mann mit den wachen Augen, den weißen Haaren unter einer Baskenmütze wie Che Guevara und den Sandalen an den Füßen. So traf ich ihn 1985 im Centro de Cultura in Managua. Die Leute von der Juventud 19 Julio hatten mich zu einem Abend der Musik und Poesie mitgenommen.

Ernesto Cardenal stammt aus der alten Kolonialstadt Granada. Dort wurde er am 20. Januar 1925 geboren. Er studierte Literatur in Managua, Mexiko-Stadt und New York. 1949 und 1950 bereiste er Europa. Cardenal trat in das Trappisten-Kloster Gethsemani in Kentucky/USA ein. Dort traf er den Dichtermönch Thomas Merton. Zwei Jahre später verließ er das Kloster und studierte in Mexico und Kolumbien Theologie. 1965 erhielt er in Managua die Priesterweihe. Er wollte ein Priester für die Armen sein und schloss sich der Befreiungstheologie, der Theologie der Armen an.

1966 gründeten Cardenal und einige Mitstreiter auf der im Nicaragua-See gelegenen Inselgruppe Solentiname eine Basiskommune, auf der das „Evangelium der Bauern von Solentiname“ geschrieben wurde. Weil sich Mitglieder der Gemeinschaft der FSLN anschlossen, brannte die Nationalgarde 1977 die Hütten nieder.

Cardenal ging ins Exil nach Costa Rica und warb von dort aus um Unterstützung für die Sandinisten. Im Oktober 1977 versammelten sich führende Intellektuelle, Priester und Unternehmer in einer Arbeitsgruppe zusammen, aus der wenig später die „Gruppe der Zwölf“ hervorging. Zu ihnen zählte Ernesto Cardenal und sein Bruder Fernando. Diese Gruppe trat als einzige bürgerliche Opposition für die Beteiligung der FSLN an Gesprächen über die Zukunft Nicaraguas ein. Den Einzug der siegreichen FSLN-Kämpfer in Managua am 19. Juli 1979 beschrieb er „wie einen Traum in einer Karawane, die kein Ende zu nehmen schien“.

Ernesto Cardenal wurde Kulturminister. Überall entstanden Dichter-Werkstätten und Theatergruppen. Bei seinem Besuch in Managua im März 1983 tadelte der Papst Ernesto Cardenal. Zwei Jahre später suspendierte der Vatikan den rebellischen Priester von der Ausübung des Priesteramtes. Einer seiner schärfsten Kritiker war der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger.

Die Wahlniederlage der FSLN 1990 betrachtete Ernesto Cardenal als „die dunkelste Nacht meines Lebens“. Infolge des Richtungsstreites in der FSLN verließ er 1994 enttäuscht die FSLN. Er wurde einer der schärfsten Kritiker Daniel Ortegas und Rosario Murillo.

Am 1. März 2020 starb Ernesto Cardenal im Alter von 95 Jahren in Managua. Für ihn war es kein Widerspruch, Priester, Schriftsteller und Politiker zu sein „Ich versuche, nach der Botschaft des Evangeliums zu leben... Es ist eine politische Botschaft: Die Welt verändern und verbessern nach Hunderten von Jahren in Ungleichheit.“

Ernesto Cardenal war Träger des Cervantes-Preises und vieler weiterer Anerkennungen von Regierungen und internationalen Kulturorganisationen.

Die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit schrieb in ihrem Nachruf: „Wir anerkennen seinen Beitrag im revolutionären Kampf des nicaraguanischen Volkes. Wir anerkennen seine Verdienste in der Kultur, in der Kunst, in der Literatur und seine außergewöhnliche Poesie... Er ist der Stolz Nicaraguas.“

Sie übermittelte seiner Familie und seinen Freunden das tiefempfundene Beileid. Sie ordnete drei Tage Staatstrauer an.

Seine letzte Ruhe soll der Priester der Armen auf Solentiname finden, dem Ort des Evangeliums der Bauern.

Nicaragua trat im Menschenrechtsrat in Genf auf

Quelle: Pressenotiz auf El 19 Digital und TeleSur



Am 24. Februar 2020 begann die 43. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates. Ihm gehören 47 Staaten an. Seine Aufgabe besteht darin, den Schutz und die Garantie der Menschenrechte in der Welt zu fördern.

Im März vergangenen Jahres wurde im Menschenrechtsrat der UNO eine Resolution über Nicaragua beschlossen. Daran erinnerte der außenpolitische Berater des Präsidenten Nicaraguas Valdrack Jaentschke in seiner Rede, die er am 26. Februar 2020 im Rat in Genf hielt. Er führte aus, dass seit dieser Zeit sein Land es ablehnt, dass der Schutz der Menschenrechte missbraucht wird, um danach zu trachten, andere Länder anzugreifen, die entschlossen sind, die Grundlage und die prinzipiellen Herausforderungen des umfassenden Schutzes der Menschenrechte zu erfüllen.

„Wir verurteilen – und tun das heute erneut – die systematischen Aggressionspraktiken, die vermehrt gegen einen großen Teil der Völker und Nationen in der Welt angewendet werden. Diese Praktiken verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Grundprinzipien des respektvollen Zusammenlebens unter Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika lässt ihre Wut mit Sanktionen gegen unsere Völker aus. Sie weitet fortgesetzt und ungestraft ihre Aggressionen gegen Kuba, Venezuela

und Nicaragua aus. Ihre Maßnahmen, ihre Aggressionen verletzen, wie wir alle sehr gut wissen, die Menschenrechte der Völker.“

Valdrack Jaentschke rief im Namen Nicaraguas die internationale Gemeinschaft auf, vereint die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu verurteilen und sie aufzufordern, die Sanktionen und Aggressionen einzustellen und dazu beizutragen, die Menschenrechte der Völker und den Frieden zu respektieren.

Er erklärte, dass die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit Nicaraguas weiter für die Bewahrung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und Umweltrechte der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner arbeiten wird, was von der internationalen Gemeinschaft anerkannt worden ist. Er nannte das Beispiel, wonach Nicaragua zu den fünf besten Ländern in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Welt gehört.

„Die Frauen-UNO anerkannte, dass Nicaragua sogar den dritten Platz weltweit mit Frauen in öffentlichen Ämtern einnimmt. Die Politik der Gleichberechtigung des Geschlechts ist in Nicaragua Staatspolitik von hohem Stellenwert. Ich bin mir sicher, dass Frau Präsidentin und Frau Oberste Kommissarin die große Bedeutung dieser Errungenschaften zu schätzen wissen.“

Valdrack Jaentschke sagte, dass Nicaragua nach Auffassung der UNO weiterhin das sicherste Land in der Region ist. Seine Sicherheitsstrategie machte es möglich, in Frieden zu leben, obwohl die übelgesinnten, vom Ausland finanzierten und geförderten Gruppen versucht haben, das friedliche Milieu der Bevölkerung zu stören.

Er führte aus, dass die Regierung trotz der ausländischen Wirtschaftssanktionen den Kampf gegen die Armut und für das Wohlergehen der Bevölkerung als erstrangige Politik des Staates beibehalten hat. Nicaragua fühlt sich verpflichtet, die Stärkung der Institutionen, die Verbesserung der Infrastruktur, die Investition in das Humankapital und die Modernisierung der technologischen Vorbereitung, um die Wettbewerbsfähigkeit und die würdige, qualitätsgerechte Beschäftigung zu fördern, fortzusetzen. Das Modell der kreativen Volkswirtschaft, das auf dem Prinzip der Einbeziehung aller Produktivkräfte in den Kampf gegen die Armut beruht, hat die gesamte Wirtschaft vorgebracht und ermöglicht, den Weg des Wohlergehens und des Fortschritts wieder aufzunehmen. Die Programme für Gesundheit und Bildung in den Familien und Gemeinschaften, die weiterhin auf den Gratis-Prinzipien, ohne Diskriminierung, mit Qualität und Warmherzigkeit beruhen, bringen klare Ergebnisse und finden internationale Anerkennung.

Valdrack Jaentschke berichtete, dass die Gesetzgebung und Gesetzpraxis Nicaraguas auf dem Gebiet der Anerkennung der Rechte seiner indigenen und afrostämmigen Bevölkerung durch den Staat zu den fortgeschrittenen der Hemisphäre zählen. Der Staat hat 23 indigene und afrostämmige Territorien und ihre Grenzen anerkannt und ihnen Titel verliehen. Die Gebiete haben eine Größe von 37.000 Quadratkilometern und besetzen rund 31 Prozent des nationalen Territoriums. Die Anerkennung der autonomen und territorialen Rechte wird von erforderlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen begleitet, um die Rechte, das Wohlergehen und die Sicherheit dieser bedeutsamen Volksgemeinschaften sowie den Schutz der Mutter Erde, die ihrem geistigen Gehalt entspricht, zu garantieren.

Nicaragua respektiert die Verfassungsordnung und die politischen Rechte der nicaraguanischen Bevölkerung. Die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit sind für alle diejenigen garantiert, die sie friedlich und ohne die Absicht der Ruhestörung der Bevölkerung ausüben.

„Wir sind verpflichtet, die demokratische Verfasstheit des Landes weiter zu stärken. Wir versichern, dass die politischen Probleme in unserer Gesellschaft auf demokratischem Wege gelöst werden. Wir wollen freie, transparente und begleitete Wahlen, die für den November 2021 vorgesehen sind.“

Abschließend erklärte Valdrack Jaentschke, dass die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit bedeutende Fortschritte beim Schutz und bei der Förderung der Menschenrechte gemacht hat, was von internationalen Organisationen, einschließlich der UNO, anerkannt wird.

„Deshalb bitten wir die verehrten Delegationen, alle Versuche, in Nicaragua mittels neuer Resolutionen einzugreifen und Mandatsträger, die sich zu Komplizen der Sanktionen und Aggressionen gegen Volk machen, abzulehnen. Wir rufen dazu auf, sich den Verletzungen der Menschenrechte der Völker durch die besagten Sanktionen und Aggressionen zu widersetzen.“

Bereits am 25. Februar 2020 hatten die Außenminister Venezuelas Jorge Arreaza und Kubas Bruno Rodríguez im UN-Menschenrechtsrat die neuen unrechtmäßigen Angriffe der USA auf ihre Länder als Verletzungen der Menschenrechte der Bevölkerung angeprangert. Venezuela war am 17. Oktober 2019 mit 105 Ja-Stimmen in diesen Rat aufgenommen worden.

Wahlen – gestern und morgen

Von Wolfgang Herrmann, gestützt auf einen Beitrag von Manual Espinoza auf tortilla con sal

Vor 30 Jahren fanden am 25. Februar in Nicaragua Schicksalswahlen statt. Die antisandinistischen Gegner verwenden sie heute als Muster dafür, wie sie die Wahlen 2021 gewinnen könnten. Sie behaupten, das Volk wolle die FSLN nicht mehr. Das sagten sie auch Ende der 1980er Jahre. Sie sagen nicht, dass sie die FSLN ohne die umfassende Unterstützung durch das Weiße Haus auf dem Höhepunkt des Krieges und des totalen Verschleißes nie geschlagen hätten. Die Situation war damals eine völlig andere als heute.

Esquipulas II und das Ende des Contra-Projekts

In Nicaragua wütete der Contra-Krieg, begleitet von einem brutalen Wirtschaftsembargo. Die Volkswirtschaft des Landes lag am Boden. Das Volk wollte Frieden. Deshalb unterschrieb die sandinistische Regierung am 7. August 1987 die als Esquipulas II bekannt gewordenen Friedensverträge. (Esquipulas ist ein Wallfahrtsort in Guatemala.) Die wichtigsten Festlegungen in dem Vertrag waren die Achtung der Menschenrechte und der politischen Freiheiten, der Aufbau wirklicher demokratischer Gesellschaften, die unverzügliche Beendigung der bewaffneten Kämpfe auf dem Isthmus und die sofortige Feuereinstellung durch die Konfliktseiten. Vor allem sollten die irregulären Streitkräfte die Waffen abgeben und sich in den politischen Prozess eingliedern, der die gesamte Region erfasst hatte.

Das Weiße Haus war überrascht und verärgert, denn die Verträge verpflichteten die USA, ihre Kriegsstrategie aufzugeben und eine nichtmilitärische Politik zu betreiben. Es weigerte sich, die Verträge zu erfüllen. Washington befahl der Konterrevolution, die Operation „Olivero“ mit mehr als 5.000 Contras auszulösen, um das Minen-Dreieck in Nicaragua einzunehmen. Sie wollten eine neue Ebene des Krieges vor dem Hintergrund einer enormen militärischen Streitmacht ausprobieren. Sie verfolgten das Ziel, die Streitkräfte auf bestimmte Objekte zu lenken. Um die Sandinistische Volksarmee zu besiegen, sollte deren Kapazität übertroffen werden.

Die Contras, Reagan und seine treuesten Leute befanden sich durch die von der sandinistischen Regierung errungenen Siege auf internationaler und nationaler Ebene in einer misslichen Lage. Die FSLN hatte praktisch ein nationales Verteidigungssystem der Sandinistischen Volksrevolution geschaffen. Das Contra-Projekt war ruiniert, der nordamerikanische Kongress kürzte die

Zuweisungen. Das Ansehen der Contras und Reagans war national und international stark angeschlagen. Die Sandinistische Volksrevolution erhielt aus fast aller Welt Unterstützung. Die Niederlage der USA am Internationalen Gerichtshof wegen ihres Terrorkrieges gegen Nicaragua und der Iran-Contra-Skandal besiegelten das unruhmlische Ende des Contra-Projekts, das vom CIA als Projekt „Nicaragua“ bezeichnet wurde.

Operation „Danto“

Den Beweis für die Schwächung der Reagan-Administration auf militärischem Gebiet lieferte die Operation „Danto“ der Sandinistischen Volksarmee im März 1988. Sie schlug und zerstörte die Hauptbasen der Contras auf nationalem Territorium und auf dem Territorium, auf dem die Contras ihren strategischen Kommandostab hatten. Dieser Schlag war auch Teil der strategischen Niederlage der Konterrevolution. Er wirkte der Gefahr der intensiveren Vorbereitung auf eine direkte Yankee-Invasion ohne Contras als zweite Angriffsfront entgegen.

Das Ende war folgerichtig. Einen Tag nach Beendigung der Operation „Danto“ kam das Contra-Direktorium nach Sapoá im Departement Rivas an der Grenze zu Costa Rica, um mit der Nationalleitung der FSLN über die Feuereinstellung zu verhandeln. Das Ende der Contras wurde besiegelt. Die sandinistische Führung zahlte dafür einen hohen Preis. Sie willigte ein, die Wahlen von 1991 auf 1990 vorzuziehen. Eine wichtige Rolle spielte in dieser Zeit der damalige Präsident Costa Ricas Oscar Arias.

In einem Gespräch mit ihm sagte Daniel Ortega: „Wenn wir jetzt Wahlen durchführen, werden wir sie verlieren.“

Arias antwortete: „Wenn ihr jetzt keine Wahlen durchführt, verliert ihr alles. Wahlen könnt ihr das nächste Mal wieder gewinnen.“

USA änderten ihre Außenpolitik gegenüber Nicaragua

In Esquipulas II erlitt die Reagan-Administration eine Niederlage. Ihr Konzept des „Krieges der geringen Intensität“, der alle Formen der Kriegsführung, auch die psychologische, wirtschaftliche, politische, ideologische bis hin zum direkten bewaffneten Eingriff einschließt, war nicht aufgegangen. Den Nordamerikanern war klar gemacht worden, dass weder ein Sieg der Contras, noch ein direkter Einmarsch in Nicaragua das bereits regional gewordene Problem lösen würde. Deshalb änderte die USA-Administration ihre Außenpolitik gegenüber Nicaragua.

Seit 1983 betreibt die vom US-Kongress geschaffene Nationale Stiftung für Demokratie (NED) die offene politische Einmischung, die auf gewisse Weise das ersetzen soll, was die CIA in verdeckter Form macht. Die USA-Administration setzte ein teuflisches Dreigespann der offenen Finanzierung bestehend aus NED, Nationalem Demokratischem Institut (NDI) für internationale Beziehungen und Nationalem Republikanischem Institut (NRI) für internationale Beziehungen in Trab.

Die Aufgabe bestand darin, eine Strategie mit politischen Aktionen zu entwickeln, um das Ziel zu erreichen, welches Washington mit dem Contra-Projekt nicht erreicht hatte. Es ging um die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und an einer breiteren politischen Front. Von nun an wirkten die von diesen politischen Organisationen der USA betriebenen Methoden und Strategien als Messerstiche, um Nicaragua zu destabilisieren und den Systemwechsel vorzubereiten.

In den USA standen Wahlen an

In Hinblick auf die kommenden Wahlen 1988 in den USA, lösten die Demokraten nach Esquipulas II mittels des NDI das sogenannte „Programm für die demokratische Entwicklung“ aus. Sein Präsident Bryan Atwood erklärte, dass „sie vorhaben, die Opposition zu vereinen und auf antisandinistische Aktivitäten zu orientieren“. Das NDI war das Institut der Demokraten der USA. Sie standen in Opposition zur republikanischen Reagan-Regierung. Seit Beginn der sandinistischen Revolution widersetzten sie sich der Contra-Strategie Reagans und unterhielten Beziehungen zur nicaraguanischen Opposition. Ihr Vorschlag war, ein demokratisches Zentrum zu schaffen oder einen dritten Weg zwischen den Contras und der FSLN zu finden. Im Oktober 1987 führte das NDI eine Umfrage durch, aus der es einen internen 16-seitigen Bericht fertigte, der die Situation in Nicaragua detailliert festhielt. Schlussfolgernd wurde eine konkrete Agenda für politische Eingriffe in Nicaragua erarbeitet.

Der Bericht sagte aus, dass es in Nicaragua ein politisches Klima gibt, das günstig für die Zivilallianz sei. Die Wirtschaft wäre ruiniert, Armut und Hoffnungslosigkeit offensichtlich. Die schlechte sandinistische Führung sei landauf und landab zu spüren. Das Land bade täglich im Blut. Die politische Opposition hätte keine Vorstellung von den mörderischen Contras. Sie rege sich auch nicht wegen der schlechten Führung und der jämmerlichen wirtschaftlichen Lage auf. Es wäre notwendig, die Opposition zu vereinen und eine politische Organisation oder Koalition mit Kommandostellen und vertikaler Führung wie bei den Contras zu bilden.

Auch die Reagan-Administration hatte verstanden, dass ein Strategiewechsel notwendig war und führte das NRI als ihre Kontrollkomponente ein. Zusammen mit dem NDI und der NED erweiterte sie das Aktionsprogramm gegen Nicaragua. Die NED war mit den ersten 600.000 US-Dollar die Finanzierungsquelle. Das Geld wurde für Besuche der Opposition innerhalb und außerhalb des Landes, für Informationen an die Länder der Region, um ihre Unterstützung zu erlangen, und für die Organisierung von Seminaren im und außerhalb des Landes eingesetzt.

Zwei Oppositionsfraktionen – ein Ziel

Das unklare Bild der damaligen Opposition in Nicaragua kann mit der Existenz mit sich hadender Parteien der Liberalen, der Konservativen und der Christdemokraten erklärt werden. Jede von ihnen hatte verschiedene Fraktionen. Das war auch in den Parteien der Sozialdemokraten, Sozialisten und der Kommunisten so. Hinzu kamen zwei Fraktionen der Zentralamerikanischen Union sowie weitere drei politische Organisationen im Ausland.

Allgemein betrachtet, bestanden damals zwei Allianzgruppen: Das rechte Zentrum und das linke Zentrum, die sich miteinander stritten. Eine Allianz bildete sich um die Nationale Demokratische Koordinierung (der extremen Rechten). In der anderen Allianz versammelten sich die Christlich-Soziale Partei, die Unabhängige Liberale Partei, die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei.

Die beiden Gruppierungen blieben separat und nannten sich Gruppe der Sieben und Gruppe der Acht. Angesichts dieses Verteilungsbildes, bestand die Strategie in der Einigung für einen Operationsrahmen, um stufenweise eine politische Organisation zu schaffen, die der FSLN die Stirn bieten kann. In einer Schlüsselberatung in Washington verständigten sich das State Department und die NED, dass sie den Kongress bearbeiten müssen, um die Erweiterung des Programms für Nicaragua zu erreichen und gleichzeitig die Demokraten für die Mitarbeit zu gewinnen. Zum Bild, das Nicaragua damals bot, kam hinzu, dass mindestens 60 Prozent der Bevölkerung nicht interessiert war, die Opposition zu wählen. NED beeilte sich mit der Förderung der Anreize, um die Unentschlossenen anzulocken. Die Förderer drängten darauf, dass sich die Parteien zusammenschließen.

Als Hauptadressatin und Lenkerin der Unterstützungsfonds wurde die Finanzgruppe Delphi ausgewählt. Zu ihr gehörten ein altes Unternehmen der Nordamerikanischen Agentur für Information (USIA), die Internationale Agentur für Entwicklung (AID) und später noch die NED. Die Gruppe war an

Wahloperationen in Chile beteiligt gewesen. In Nicaragua hatte sie die Aufgabe, auf der Grundlage der Einführung des „Erweiterten Programms der Nationalen Koalition“ die Opposition aufzubauen.

Als Kern der Partei wurde die Nationale Demokratische Koordinierung (der extremen Rechten) ausgewählt. Ihr übergaben sie 44.000 US-Dollar in zwei Raten. Dafür sollte diese Organisation ihre extremen Positionen verlassen und ablegen, für die Vereinigung arbeiten, die Zivilallianz schaffen, Abänderungen im Wahlgesetz befördern und Kontaktlinien zu den privaten Sektoren herstellen. In ihrem Abschlussbericht versicherte die Gruppe Delphi, ihre Mission erfüllt zu haben.

Einheit der Opposition

1988 schafften es NDI und NRI, die nicaraguanische Opposition in einer Gruppe von 14 politischen Parteien zu vereinen. Als diese Ebene erreicht war, standen neue Aufgaben an. Es ging darum, internationale Unterstützung, vor allem der medialen und diskursiven zu erlangen, einen politischen Korps der zivilen Anführer zu schaffen und mit der Formierung der politischen Front zu beginnen. Schließlich entstand aus dieser Gruppe der 14 Parteien die Nationale Oppositionsunion (UNO), die gegen die FSLN gerichtete Koalition für die Präsidentschaftswahlen am 25. Februar 1990.

Die Medienkampagne wurde intensiviert, um ein attraktives Bild der Opposition zu konstruieren, mit dem man sich an alle Sektoren, also an Frauen, Jugend, Rentner, Arbeiter, Bauern, Händler und Intellektuelle richten konnte.

Die erweiterte Strategie für Nicaragua schloss ein, die Aktivitäten innerhalb und nicht außerhalb des Landes zu organisieren. Nordamerikanische Funktionäre und Institutionen aller Art hielten sich länger als gewohnt in Nicaragua auf. Es reisten mehr Ausländer nach Nicaragua. Sie förderten jegliche Art von Operationen der psychischen Beeinflussung. Eine sehr wichtige Rolle spielte dabei der nordamerikanische Botschafter in Nicaragua Richard Melton, der Straßenaktionen, Aufmärsche und Umzüge förderte.

Dieses Resümee der Aktionen der nordamerikanischen Interventionspolitik beweist, dass es die Yankee-Politiker waren, die mittels ihrer Rahmenbedingungen die lokalen Marionetten lenkten, organisierten und vereinten. Ohne die Finanzierung und Beratung, hätte sich die Opposition nicht vereinen, geschweige denn handeln können.

Alte Zeiten, neue Zeiten

Am 25. Februar 1990, fanden in Nicaragua die vorgezogenen Wahlen statt. Die UNO gewann sie mit 59 Prozent gegen die FSLN mit 41 Prozent. Bei der Übergabe der Präsidentschaft an Violeta Chamorro sagte Daniel Ortega: „Sie haben nicht gewonnen. Wir werden Nicaragua von unten regieren!“

Frau Chamorro versprach neue Zeiten. Es wurden alte. Nach 16 Jahren neoliberaler Regierungen war das Land auf der Armutsskala der Vereinten Nationen auf den 128. Platz zurückgefallen und hatte erneut fast 50 Prozent Analphabeten.

2006 verlor der Neoliberalismus, Daniel Ortega und die FSLN gewannen die Wahlen. Ihnen reichten 38 Prozent. In der Nationalversammlung hatten sie jedoch nicht die Mehrheit. Die bürgerlichen Parteien verweigerten sich ihnen total. Gesetze, darunter Haushaltspläne, konnten nicht verabschiedet werden. Zeitweilig regiert der Präsident per Dekret.

Bei den Wahlen 2011 erreichten Daniel Ortega und die FSLN 67 Prozent, fünf Jahre später 71 Prozent. Sie hatten nun die Mehrheit im Parlament. Ihre Projekte wurden kühner, siehe Großer Interozeanischer Nicaragua-Kanal. Mit dem Antritt Donald Trumps als Präsident änderte sich jedoch die Politik der USA. Er deklarierte Kuba, Nicaragua und Venezuela zum „Dreieck des Bösen“. In lateinamerikanischen Ländern verloren linke oder linksliberale Bündnisse Wahlen. Wo die demokratischen Wahlen nicht die von der in- und ausländischen Reaktion gewollten Ergebnisse brachten, wurden undemokratische Mittel angewandt, um sie zu annullieren. Zuletzt war Bolivien Schauplatz „demokratischer“ Machtspiele.

Der Putsch von 2018

Im April 2018 nutzten die Opposition Nicaraguas und das Weiße Haus ein Gesetz der Sandinistischen Regierung zur Reform der Sozialversicherung und des Rentensystems, um den Protest der Bevölkerung anzukurbeln. Es dauerte nur wenige Tage und aus den Protesten zum Gesetz wurden Forderungen zum Rücktritt der Regierung. Statt Demonstranten zogen Banden durch die Städte. Sie verbreiteten Terror und bauten Straßensperren, brandschatzten und zerstörten, folterten und mordeten, verwehrten den Menschen den Weg zur Arbeit und in die Schule.

Der Anschlag wurde gestoppt, der Putschversuch schlug fehl. Die Regierung schlug zur Lösung der Krise einen Nationalen Dialog mit der Opposition vor,

in dem eine Fünfergruppe von Bischöfen der Katholischen Bischofskonferenz vermitteln sollte. Die Außerparlamentarische Opposition, die aus Unternehmerverbänden und Dollar-gelenkten Nichtregierungsorganisationen bestand, lehnten die politischen Oppositionsparteien der Nationalversammlung als Dialogteilnehmer ab, weil sie mit der Regierung „gekungelt“ hätten.

Am Dialogtisch saßen die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit und die Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition. Die Opposition forderte den Rücktritt Ortegas und sofortige Wahlen. Das lehnte die Regierungsseite kategorisch ab. Die Bischöfe schlugen sich auf die Seite der Opposition und hoben die Zivilallianz aus der Taufe. Der Dialogtisch scheiterte, die Katholische Bischofskonferenz entlarvte sich selbst und die Opposition zerstritt sich.

Nach der Verfassung sind 2021 wieder Wahlen

Die Opposition und die USA-Administration wollen das Land wie in den 1980er Jahren erneut destabilisieren, aber sie täuschen sich, denn die wirtschaftliche Lage und die gute Wirtschaftsführung der sandinistischen Regierung unter Leitung von Comandante Daniel Ortega unterscheiden sich von der Lage, die unter den Bedingungen des Verschleißkrieges und des Wirtschaftsembargos in den 1980er Jahre bestand.

Damals kannten die Sandinisten ihre Wahlstrategien und Methoden noch nicht. Heute haben sie eine Vorstellung von den politischen Plänen und paramilitärischen Vorhaben ihrer Gegner. Damals standen die Sandinisten im Gefecht zur militärischen Verteidigung der Revolution. Heute widmen sie sich der Front des politischen Kampfes für einen erneuten Wahlsieg.

Allgemein betrachtet, gibt es in Nicaragua heute drei Oppositionsblöcke: den parlamentarischen Block der Oppositionsparteien, den außerparlamentarischen Block der Nationalen Union Blau-Weiß – Sandinistische Erneuerungsbewegung (UNAB-MRS) und den außerparlamentarischen Block der Zivilallianz. Jeder Block für sich allein stellt für die Sandinisten keine Gefahr dar. Noch sind die Blöcke zerstritten.

Die Sandinisten und ihre Verbündeten verhalten sich ruhig. Sie arbeiten daran, die Folgen des Putsches, vor allen die wirtschaftlichen, zu beseitigen. Nach dem Bericht des Präsidenten der Zentralbank Nicaraguas Reyes gibt es dabei Fortschritte. Das Wirtschaftswachstum nimmt wieder zu, erreicht aber noch nicht das Niveau der Zeit vor dem April 2018. Die Preise des

Grundwarenkörbes sind stabil. Die Inflationsrate hat sich um die sechs Prozent eingeepegelt. Der letzte landwirtschaftliche Produktionszyklus war erfolgreich. Die Exporte stiegen wieder an. Das Renten- und Sozialversicherungssystem wurde reformiert. Es herrschen Ruhe und Ordnung.

Ruhe vor dem Sturm?

In den USA will Präsident Trump seine eventuelle Wiederwahl in diesem Jahr nicht gefährden. Deshalb verhält sich das Weiße Haus gegenüber Nicaragua zurzeit relativ ruhig. Das Gesetz Nica Act und die Wirtschaftssanktionen wirken ohnehin. Die finanziellen Hilfen für die außerparlamentarische Opposition und die Nichtregierungsorganisationen fließen weiter.

Nach den Präsidentschaftswahlen in den USA wird der Druck auf Nicaragua wieder zunehmen und damit auch die bereits bestehende Unterstützung Washingtons für die nicaraguanische Opposition; egal, ob ein Republikaner oder ein Demokrat Präsident wird. Die NED ist sowieso vor Ort. Washington wird alles unternehmen, um die Oppositionsblöcke zu einer „neuen UNO“ zu vereinen. Ebenfalls ist mit der USA-hörigen Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu rechnen. Noch hält sich deren Generalsekretariat an das mit der sandinistischen Regierung ausgehandelte Memorandum über die Reform der Wahlen. Auch das könnte sich nach den USA-Wahlen ändern.

Ein Modell Bolivien ist in Nicaragua unwahrscheinlich. Die Armee und die Polizei stehen auf Seiten der FSLN. Die FSLN und ihre Präsidentschaftskandidat müssen jedoch die absolute Mehrheit erreichen, sonst könnte das Modell Uruguay möglich werden. Dort hatte bei den Wahlen im Oktober 2019 die linke Frente Amplio zwar die meisten Stimmen, aber nicht die absolute Mehrheit erreicht. Zu den Stichwahlen im November 2019 versammelte sich die gesamte rechte Opposition hinter der konservativen Nationalpartei und verhalf deren Kandidaten Luis Lacalle Pou zum Sieg.

Für die FSLN und ihre Kandidaten wird viel davon abhängen, wie sie das Vertrauen der Bevölkerung durch angemessene Politik festigen und die Ziele der Opposition und ihrer nordamerikanischen Unterstützer entlarven.

Und wichtig wird die Anerkennung und Solidarität sein, die das Bündnis der FSLN von den Fortschrittskräften Lateinamerikas und der Karibik, aber auch aus der übrigen Welt erhält. Die Sandinisten sind diesbezüglich in den internationalen Gremien und Organisationen aktiv.

Inhalt:

Frauen für das Leben	1
Pater Ernesto Cardenal – Stolz Nicaraguas	3
Nicaragua trat im Menschenrechtsrat in Genf auf	5
Wahlen – gestern und morgen	8

Redaktionsschluss: 2. März 2020

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt Informationen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. NNI analysiert aktuelle und historische gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. NNI unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de